

Kernenergie gilt wieder als Alternative

Diskussion: Trotz anderer Vereinbarung wird am Atomausstieg gerüttelt. SPD und Kanzlerin stehen weiter zum Atomausstieg. CSU, Wirtschaft und Gewerkschaften denken schon über längere Laufzeiten nach.

Hamburg/Berlin - Der Streit um die Atomkraft und die künftige Energieversorgung entzweit jetzt auch die Koalition in Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel erteilte Forderungen aus der CSU eine Absage, den Atomausstieg zu überdenken. Die Regierung stehe zum Koalitionsvertrag, der die Abkehr von der Kernkraft bis etwa 2020 festschreibt, stellte die Kanzlerin klar. Die SPD hatte der Union bereits "Oppositionsverhalten" vorgeworfen.

Nach den Worten von Regierungssprecher Thomas Steg will Merkel im März einen Energiegipfel einberufen, um ein Gesamtkonzept zur Energieversorgung vorzubereiten. Der Vorsitzende der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), Hubertus Schmoldt, forderte in diesem Zusammenhang ein langfristiges Energiekonzept: "Wir brauchen so ein Konzept, weil energieabhängige Unternehmen sonst überlegen, ob sie in Zukunft noch in Deutschland investieren", sagte Schmoldt dem Abendblatt. Nach seiner Auffassung müßte das Energiekonzept, "mindestens bis 2020, besser noch bis 2030 angelegt sein".

Schmoldt verwies in dem Zusammenhang auch auf "Stein- und Braunkohlevorkommen, die länger reichen als Gas und Öl zusammen". Im Koalitionsvertrag stehe, daß die Steinkohlesubvention 2007 neu diskutiert werde. "Das halte ich für richtig", sagte Schmoldt. Erforderlich sei auch eine Neuorientierung beim Ausstieg aus der Kernenergie: "Wir sind nicht für einen Ausstieg aus dem Ausstieg. Aber ich erinnere an eine Klausel im Ausstiegsbeschluß, wonach eine längere Laufzeit auch für Kraftwerke beantragt werden kann, die sicherheitstechnisch nachgerüstet haben und dadurch auf hohem Stand sind. Die Frage des Abschaltens sollte sich nicht an mathematisch festgelegten Laufzeiten, sondern am Sicherheitsstandard orientieren."

Zuvor hatten CSU-Chef Edmund Stoiber und Wirtschaftsminister Michael Glos (Interview auf dieser Seite) gefordert, angesichts der vorübergehenden Lieferprobleme von russischem Gas neu über die Zukunft der 17 verbliebenen Atomkraftwerke zu diskutieren - und zwar nächste Woche bei der Kabinettsklausur in Genshagen. Beide CSU-Politiker verlangten von der SPD Kompromißbereitschaft. Ihm gehe es nicht um eine Renaissance der Atomkraft, sonder darum, sichere Atomkraftwerke "ein Stück länger laufen zu lassen", so Stoiber. Das ginge nur mit der SPD und nicht gegen den Willen der Sozialdemokraten, sagte Stoiber weiter. Es müsse aber "klar sein, daß der Koalitionsvertrag keine Bibel ist".

Auch der Präsident des Bundesverbandes der Industrie, Jürgen Thumann, stellte sich hinter die Forderung der CSU nach einer neuen Diskussion um die Zukunft der Atomkraft in Deutschland. Ein ausgewogener Energiemix sei auch für den Klimaschutz wichtig, sagte er. Dagegen sagte der Präsident des Umweltamtes Andreas Troge (CDU), Kernenergie sei nicht die Lösung und gehe auf Kosten der Umwelt und der Gesundheit von Menschen.

Politiker der SPD pochen nachhaltig auf die Koalitionsvereinbarung. Generalsekretär Hubertus Heil warnte davor, sich vom Koalitionsvertrag davonzuschleichen. Der SPD-Umweltpolitiker Ulrich Kelber warf der CSU

"typisches Oppositionsverhalten" vor.

Die Bundesbürger sind nach einer Umfrage des Senders n-tv nach dem Gasstreit zwischen Rußland und der Ukraine verunsichert. Zwei Drittel aller Deutschen befürchten Versorgungsengpässe; 53 Prozent befürworten die Verlängerung der Laufzeiten von Atomkraftwerken.

HA

erschieden am 5. Januar 2006

Weitere Artikel zum Thema:

- [Der Ausstieg ist festgeschrieben](#) vom 5. Januar 2006
- [Atom-Streit: Gewerkschaft setzt auf längere Laufzeiten](#) vom 5. Januar 2006
- [Glos: Ohne Atomkraft würde der Strom noch teurer](#) vom 5. Januar 2006
- [2021 soll das letzte Atomkraftwerk vom Netz gehen](#) vom 5. Januar 2006